

Pressemitteilung

1. Dezember 2023

„Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung“

Teilhabegehd: Niedersachsen muss sich für einheitliche Lösung einsetzen

Hannover. Mehr als 660.000 Menschen in Niedersachsen haben eine Schwerbehinderung. Als Ausgleich für ihre Behinderung können sie verschiedene Leistungen bekommen. Das Problem: Diese sind sehr unübersichtlich und je nach Behinderung unterschiedlich gestaltet. Anlässlich des „Internationalen Tags der Menschen mit Behinderung“ am 3. Dezember fordert der Sozialverband Deutschland (SoVD) in Niedersachsen deshalb ein einheitliches Teilhabegehd, das allen Betroffenen gleichermaßen zugutekommt.

Menschen mit Behinderung erhalten in einzelnen Bundesländern unterschiedliche Leistungen. In Niedersachsen und Berlin gibt es zum Beispiel ein Landesblindengeld – allerdings liegt der Betrag in Berlin mehr als 250 Euro über dem in Niedersachsen. Auch für gehörlose oder taubblinde Menschen gibt es Unterschiede: Während etwa Berlin, Nordrhein-Westfalen oder Hessen ein Gehörlosengeld zahlen, gehen Betroffene in Niedersachsen leer aus. „Das ist eine extreme Ungleichbehandlung. Es kann nicht sein, dass es vom Wohnort abhängt, ob jemand finanzielle Unterstützung bekommt oder nicht“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Nach Auffassung des größten Sozialverbands in Niedersachsen wäre ein bundeseinheitliches Teilhabegehd die richtige Lösung. „Das Teilhabegehd muss einkommens- und vermögensunabhängig und vor allem allen Betroffenen gezahlt werden – egal, welche Behinderung sie haben“, erläutert Swinke. Dass die Bundesregierung diese weitaus gerechtere Leistung bislang ablehne, sei ein enttäuschendes Signal. „Dadurch würden Menschen mit Behinderung mehr Flexibilität und Selbstbestimmung in punkto Teilhabe erhalten“, so der Vorstandsvorsitzende weiter.

Deshalb fordert der SoVD von der niedersächsischen Landesregierung, mit gutem Beispiel voranzugehen. „Für die Menschen mit Behinderung in Niedersachsen muss es ein einheitliches Teilhabegehd geben, um mehr Gerechtigkeit herzustellen. Außerdem sollte sich Niedersachsen mit einer Bundesratsinitiative für eine bundesweite Lösung einsetzen“, betont Swinke.